

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin
Stadt der Frauen e.V.
Marienburger Str. 6
10405 Berlin



25 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen e.V. Ein Blick zurück nicht ohne Stolz

Es war die Idee von Berliner Parlamentarierinnen aus allen Fraktionen des Abgeordnetenhauses und von Berliner Senatorinnen, 1992 ein überparteiliches frauenpolitisches Bündnis zu schmieden und in einer Presseerklärung bekannt zu geben (die Namen der Initiatorinnen und der Text der Presseerklärung sind auf unserer Website, Stichwort „Ausstellung“, zu finden). Diese Idee ist dann durch die Gründung einer Überparteilichen Fraueninitiative von den damaligen frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses und von Frauen aus Berliner Frauenprojekten umgesetzt worden. Die „Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen“ hat seitdem aktiv an der Gestaltung von Frauenpolitik mitgewirkt. Zum zwanzigjährigen Bestehen ist ihre Arbeit in einer Ausstellung und einer **thematisch sortierten „Kleinen Chronik“** dargestellt worden. Die „Kleine Chronik“ wird seitdem fortgeschrieben. In ihr wurden - natürlich nur exemplarisch – Aktivitäten aufgenommen, die die „Überparteiliche“ allein oder auch mit Bündnispartnerinnen zusammen gestemmt hat.

Die „Kleine Chronik“ will aber nicht in erster Linie eine chronologische Abfolge von Aktivitäten abbilden, sondern den kontinuierlichen Diskurs beschreiben, in dem die „großen Themen“ immer wieder aufgegriffen werden. Hier legen nun die Vorstandsfrauen der Überparteilichen Fraueninitiative den aktuellen Stand der „Kleinen Chronik“ zum 25jährigen Jubiläum 2017 vor.

1. Eine überparteiliche Fraueninitiative für Berlin

Die Überparteiliche Fraueninitiative war und ist ein Parteien und Generationen übergreifendes Bündnis politisch engagierter Frauen aus den Fraktionen des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses, aus Berliner Verwaltungen, Gewerkschaften, dem Wissenschafts- und Bildungsbereich, von Medien, von Frauenprojekten und von engagierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Sie hat ihren Wirkungskreis in Berlin, thematisiert aber grundsätzlich die Situation von Frauen im nationalen und internationalen Zusammenhang. In 25 Jahren wurde eine Fülle unterschiedlicher Veranstaltungs- und „Interventionsformate“ für die Arbeit entwickelt, z.B.: Diskussionsveranstaltungen; Kongresse; Stellungnahmen, Protestbriefe und Positionspapiere für den politischen Raum; mehrjährige Projekte; Mitarbeit bei Projekten und Initiativen anderer Frauenverbände.

„Berlin Stadt der Frauen“

2016 haben wir erstmals bei einer Fragebogenaktion im Rahmen einer Ausstellung mitgearbeitet. Vom 17. März bis 28. August 2016 wurde die **Ausstellung „Berlin Stadt der Frauen“** vom **Stadtmuseum Berlin** im Ephraim-Palais gezeigt. Anlass war das 150jährige Bestehen des Lettevereins in Berlin; portraitiert wurden zwanzig zwischen 1829 und 1914 geborene Frauen, die gegen die gesellschaftliche Einengung von Frauen - in der Ausstellung symbolisiert durch das Mieder - rebellierten und Herausragendes vollbrachten. Da auch die Überparteiliche Fraueninitiative den Ausstellungstitel „Berlin Stadt der Frauen“ im Namen trägt, entstand die Idee, die vom Stadtmuseum geplanten Fragebögen für die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung gemeinsam zu entwickeln. Drei offene Fragen enthielt der inhaltliche Teil des Fragebogens „Frausein/ Mannsein in Berlin“; „Berlin ist eine Stadt der Frauen, weil ...“ „Was würden Sie als Regierende Bürgermeisterin für die Frauen tun“ und im statistischen Teil wurde nach Geschlecht, Alter und Wohnort (Kiez) gefragt.

In den rd. 475 Fragebögen, die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung ausfüllten, waren schätzungsweise 1.800 Aussagen/Statements enthalten, die von Vorstandsfrauen der Überparteilichen Fraueninitiative, die die Auswertung übernahm, zugeordnet und ausgewertet wurden. Eine Zwischenauswertung auf der Basis von 105 Fragebögen wurde im August 2016 u.a. an die frauenpolitischen Sprecher/innen des Abgeordnetenhauses von Berlin, die Berliner Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Vorstandsmitglieder/frauenpolitischen Sprecher/innen der Berliner Parteien SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKEN, die Piratenpartei und die FDP sowie die Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen gesandt. Die Endauswertung ging im November an denselben Kreis von Adressatinnen und Adressaten. Die Frauensensorin Dilek Kolat lud im November 2016 Vorstandsfrauen und die Kuratorin der Ausstellung, Frau Dr. Weinland, zum Gespräch über die Ergebnisse ein. Die Zeitpunkte griffen im Dezember das Thema auf. Die Auswertung ist auf der Website zu finden (Unter „Unsere Themen“, Stichwort „Ausstellung“). In ihr kommen vor allem die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung zu Wort. Sie ist daher **eine Bestandsaufnahme des Berlin-Gefühls und der Erwartung an die Stadtpolitik** durch diesen Ausschnitt der Bevölkerung. Sie dürfte Berliner Politikerinnen und Politikern eine Fülle von Anregungen geben; für die Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative bedeutet sie eine große Bereicherung.

Frauenpolitisches Netzwerken in Berlin

1992 bei Gründung der Überparteilichen Fraueninitiative war die Kommunikation über das Internet noch nicht üblich. Erst mit der rapiden Durchdringung aller öffentlichen und auch zivilgesellschaftlichen Bereiche durch das Internet entwickelte sich ein Netzwerk-Selbstverständnis. Einladungen, Textabstimmungen, Informationsaustausch über politische Entwicklungen, Mobilisierungskampagnen - all das wurde einfacher und eröffnete auch für uns neue Tätigkeitsfelder. Unserem Selbstverständnis und der politischen Zielsetzung als einer überparteilichen politischen Plattform von Frauen aus allen demokratischen Parteien kam diese Entwicklung sehr entgegen; so ließen sich schon vorhandene Netzwerk-Ansätze ausbauen. Zum Beispiel konnten und können wir dazu beitragen, **Frauenprojekte kennen zu lernen und bekannt zu machen** und in den Erfahrungsaustausch mit ihnen zu treten.

Auf das Kennenlernen von Frauenprojekten und das Ausloten möglicher Kooperationen legte die Überparteiliche Fraueninitiative von Anfang an großen Wert. Beispielhaft war hier das Politische

Frauenfrühstück 1993 mit **Frauenprojekten aus Ost und West**, um Chancen, Grenzen und Ziele kooperierender Frauenpolitik innerhalb und außerhalb des Parlaments zu erkunden. „Ost-West“ als Thema war und ist im Übrigen weniger Gegenstand von Veranstaltungen als vielmehr kontinuierlicher Blickwinkel und Gegenstand eines ständigen Diskurses, arbeiteten doch in der Überparteilichen Fraueninitiative Ost- und Westfrauen von Beginn an zusammen. Der Jubiläums-Kongress **„frauen sichten politik. Ost-West 1989-2009“** zeigte allerdings, dass dort, wo kontinuierlicher Diskurs nicht stattfand, nach wie vor viel aufzuarbeiten ist. Und der Kongress machte vor allem auch deutlich, dass noch nicht alle Verletzungen aus dem Prozess des Zusammenwachsens verheilt sind. Diese Verletzungen sind auch 2016 - 27 Jahre nach der Vereinigung - noch nicht geheilt; viele sehr bittere Aussagen der Besucherinnen und Besucher der Ausstellung „Berlin Stadt der Frauen“ machen das deutlich. Sie werden sich auch nicht ohne weiteres mit wachsendem Zeitabstand „auswachsen“, weil Erfahrungen, die als Ungerechtigkeit, Arroganz oder als mangelnder Respekt erlebt wurden, in den Familien als Erinnerung weitergegeben werden.

Für das Kennenlernen von Frauenprojekten und die Festigung von Frauennetzwerken boten und bieten unsere **Neujahrsempfänge** eine sehr gute Gelegenheit. Die Neujahrsempfänge der Überparteilichen Fraueninitiative im Abgeordnetenhaus sind inzwischen ein feststehender Termin in Berlin für das Frauennetzwerk der Stadt mit regelmäßig rund 250 Teilnehmerinnen aus allen Parteien und Fraktionen, Frauenprojekten, Berliner Verwaltungen, Unternehmen und Medien.

Ziel der Neujahrsempfänge ist natürlich nicht nur die Förderung des „Netzwerkens“. Hier werden aktuelle Themen aufgegriffen und durch Referentinnen – die Ehrengäste des jeweiligen Neujahrsempfangs – zur Diskussion gestellt. Die **Themen der letzten Neujahrsempfänge**: 2013: „Zur Situation obdach- und wohnungsloser Frauen in Berlin“ (Eva-Maria Heise, Britta Köppen); 2014: „Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung in Deutschland“ (Prof. Dr. Nivedita Prasad); 2015: „Genderfragen sind Zukunftsfragen (Prof. Dr. Claudia Janssen); 2016: „Geflüchtete Frauen in Berlin - Willkommenskultur und Probleme“ (Diana Henniges, Sprecherin der Initiative „Moabit Hilft“); 2017: „Eine "Welt in Scherben? - Gender, Nation und Pluralität“ (Prof. Dr. Christina Thürmer-Rohr).

Förderung einer Fraueninfrastruktur in Berlin

Ohne die beharrliche Arbeit von Frauenprojekten, ohne Frauennetzwerke und Fraueninfrastruktur wird der geschlechtergerechte Anteil von Mädchen und Frauen an den gesellschaftlichen Ressourcen noch lange auf sich warten lassen. Hier äußerte sich das Engagement der Überparteilichen weniger in speziellen Aktivitäten; die gab es auch, z.B. mit der Presseerklärung von 1993 gegen die Streichung von Mitteln für Berliner Frauen-Gesundheits-Projekte und der Presseerklärung 1994 zum Nachtragshaushalt mit der Forderung, die Berliner Fraueninfrastruktur zu erhalten und auszubauen. Vielmehr war und bleibt der Erhalt und Ausbau einer Fraueninfrastruktur kontinuierlich Thema in der Veranstaltungsreihe **„Senatorinnen/Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin“**, in der Mitarbeit im Frauenpolitischen Beirat, in den Arbeitsgruppen Hartz bzw. Frauen-Arbeit-Politik (AG-FAP) und Gender Budget und in der Beteiligung an Projekten anderer Frauenverbände/-projekte.

Notwendiger Bestandteil einer Geschlechtergerechtigkeit fördernden Fraueninfrastruktur ist ein **effektives, leicht zugängliches Beratungsangebot für Frauen**. Gerade hier bewährt sich der Diskurs von Frauenprojekten und Fraueninitiativen oft unterstützt durch das für Frauenpolitik/ Gleichstellung zuständige Senatsressort. Ein Beispiel dafür sind die von KOBRA 2016 herausgegebenen „Empfehlungen für eine

Infrastruktur lebensbegleitender Beratung zu Beruf, Bildung und Beschäftigung als öffentliche Aufgabe und für die Umsetzung einer lebenslauforientierten Frauen- und Gleichstellungspolitik in Berlin“ (Titel: „Übergangsrisiken und berufsbiografische Gestaltung des Erwerbs- und Lebensverlaufs“). Die vom Senatsfrauenressort geförderte Studie wurde von 20 Expertinnen aus unterschiedlichen Bereichen (darunter auch aus der Überparteilichen Fraueninitiative) erarbeitet.

Frauen-Medien-Macht

Eine Art Standortbestimmung wurde 1994 mit der öffentlichen Veranstaltung: **„Frauen-Medien-Macht. Nachholbedarf einer jungen Beziehung“** versucht. Diskussionspartnerinnen und -partner waren Vertreterinnen und Vertreter aus Fernsehredaktionen und Printmedien. Im gleichen Jahr war ein **Protestschreiben** gegen den Plan, die **Frauensendung ZEITPUNKTE zu streichen**, erfolgreich. 2003 setzte sich die Überparteiliche in einem offenen Brief an die Mitglieder des RBB-Rundfunkrates für die **Wahl einer Intendantin** ein. Sie wies in diesem Zusammenhang auf die skandalöse Tatsache hin, dass es zu dem Zeitpunkt noch keine einzige Intendantin in einem öffentlich-rechtlichen Sender gab.

Neben dem Einsatz für die angemessene Beteiligung von Frauen in Medien gab es immer wieder Anlass, sich gegen sexistische und Frauen diskriminierende Medien- und Werbebeiträge und Werbekampagnen zu wehren. So etwa 1995 mit einem **öffentlichen Kaufstreikaufruf** gegen eine diskriminierende Werbung von Kaisers Kaffeegeschäft. Die Überparteiliche Fraueninitiative prangerte diese und ähnliche Vorfälle in Protestbriefen an den Deutschen Werberat an; in einem Falle gelang es, dass die Werbung zurückgezogen wurde. Zu wehren gilt sich aber nicht nur gegen die „unmittelbar sexistischen“, sondern auch gegen die eher versteckten, mittelbaren Frauen-Diskriminierungen, die gelegentlich sogar wissenschaftlich verbrämt daherkommen. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit war **2015 unsere öffentliche Kritik an der Sendung von „Hart- aber Fair“**, die sich einseitig und unsachlich gegen Genderforschung positioniert hatte, was immerhin eine öffentliche Entschuldigung der WDR-Intendantin mit sich brachte.

Überparteilicher Wahlkampf für frauenpolitische Forderungen, Wahlprüfsteine

Der überparteiliche Einsatz für frauenpolitische Forderungen war die **Gründungsidee** der Überparteilichen Fraueninitiative. Der frauenpolitische Diskurs mit Berliner Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Senatorinnen und Senatoren der jeweiligen Regierungsparteien einerseits und das Hineinwirken in die jeweils eigene bzw. nahestehende Partei andererseits prägte die Arbeit von Vorstandsfrauen und Aktiven von Anfang an. In Wahlkampfzeiten war dies keine leichte Aufgabe, sind die meisten doch in der Regel auch leidenschaftliche Parteifrauen. Aber es gelang im Rahmen des **erprobten Verhaltenskodex** und des zugewandten, respektvollen Umgangs miteinander erstaunlich gut. Einen öffentlichen Ausdruck fand der **überparteiliche Wahlkampf** insbesondere vor den Berliner Wahlen 2001. Hier wurden in Kooperation mit anderen Frauennetzwerken und -projekten sehr intensiv **Wahlprüfsteine** mit Forderungen zur **Frauen- und Gender-Mainstreaming-Politik** erarbeitet. Die so gebündelte Frauen-Power bewirkte, dass die fünf Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten und deren Parteien schriftlich zu den Fragen Stellung nahmen. Diese Antworten der Parteien wurden auf die Homepage der Überparteilichen Fraueninitiative und der SPD gestellt und waren Grundlage der Diskussionen der Parteienvertreterinnen und -vertreter bei Wahlveranstaltungen. Sie wurden schließlich zu einer der Grundlagen der Koalitionsverhandlungen. In den Folgejahren war es wiederum die bewährte Reihe „Senatorinnen/Senatoren nachgefragt“, die den kontinuierlichen Rahmen für das Abfragen der Erfüllung frauenpolitischer Forderungen bot.

2. Der Einsatz für Frauen-und Menschenrechte

Frauenrechte in der Verfassung

Auch in einer Gesellschaft, die im Grundgesetz die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festlegt, sind Frauenrechte nicht immer in bester Verfassung. **„Frauen in bester Verfassung“** war dann auch der Titel des öffentlichen Verfassungspolitischen Runden Tisches, den die Überparteiliche 1993 veranstaltete. Auf dem von Prof. Dr. Jutta Limbach moderierten Podium saß u. a. die damalige Parlamentspräsidentin Dr. Hanna-Renate Laurien. Dieser Auftaktveranstaltung zur deutschen Verfassungswirklichkeit folgten weitere Veranstaltungen, z.B. 1994 und 1995: **„Frauenrechte in die Berliner Verfassung!“** Eine intensive Auseinandersetzung mit der Situation der Bürgerinnen in den europäischen Staaten leistete die Überparteiliche Fraueninitiative 1998 mit einem **Internationalen Kongress: „Europa - Union der Bürgerinnen“**. Der Kongress wurde unterstützt durch Mittel der EU und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der Kongress verabschiedete eine Erklärung mit Forderungen zur Durchsetzung von Rechten für Frauen in Europa. Die Forderungen umfassen u.a. die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Einführung des Verhältniswahlrechts in allen EU-Ländern, das Verbandsklagerecht am Europäischen Gerichtshof, aktives und passives Wahlrecht aller Europäerinnen bei allen Wahlen an ihrem Wohnort in den Mitgliedsstaaten, eigenständiges Aufenthaltsrecht von Migrantinnen. Auf diese Erklärung einigten sich die Frauen aus allen am Kongress teilnehmenden Nationen von Schweden über die mittel- und ostmitteleuropäischen bis zu den südeuropäischen Ländern trotz durchaus vorhandener Konflikte - eine OECD im Kleinen. Teilnehmerinnen waren u.a.: Prof. Rita Süßmuth (Präsidentin des Deutschen Bundestages), Dr. Christine Bergmann (Senatorin), Danielle Mitterand (Präsidentin der Stiftung France Liberté) und Kazimiera Prunskiene (ehemalige Staatspräsidentin von Litauen).

Die 1999 thematisch anschließende Veranstaltung **„Europa der Frauen in guter Verfassung? Charta der Grundrechte oder Verfassung für die Europäische Union“** schloss eine Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien für das Europaparlament ein. 2004 folgte eine Tagung in Kooperation mit dem Berliner Frauenrat: **„Wie weiblich ist Europa? Frauenrechte in der europäischen Verfassung“**; diskutiert wurden u.a. die Antidiskriminierungsrichtlinien.

Ein Beispiel für das Engagement für Menschenrechte außerhalb Europas war die Podiumsdiskussion zum Thema **„Frauenrechte in Afghanistan - was kann deutsche Politik tun?“** im November 2001. Diese Veranstaltung war für die überparteiliche Frauenpolitik ein besonders großer Erfolg, mündete die Debatte doch unmittelbar in überparteiliche Anträge im Deutschen Bundestag. Bereits im Dezember 2001 verabschiedete dann das Parlament einen Antrag von PDS, SPD, Bündnis 90 / Grüne und FDP zur „Teilnahme von Frauen am Friedensprozess in Afghanistan“ und einen inhaltlich ergänzenden Antrag der CDU zu „Rechte der Frauen in Afghanistan durchsetzen und stärken, Frauen an politischen Prozessen beteiligen“. Gerade der internationale Diskurs über die Menschenrechte schärft noch einmal den Blick auf die nationale Situation; deutlich wurde das etwa bei dem Vortrag von Frau Prof. Dr. Nivedita Prasad über „Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung (in Deutschland)“ auf dem Neujahrsempfang 2014.

Breiten Raum nahm innerhalb des ÜPFI Vorstandes der Diskurs über den Referentenentwurf des BMFSFJ zum „Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des **Prostitutionsgewerbes** sowie zum Schutz von in der

Prostitution tätigen Personen“. Ein Arbeits-Papier vom September 2015 (Übersicht und Stellungnahmen) findet sich auf unserer Website (Stichwort „Prostitution“). Und mit Erleichterung haben wir die Reform des Sexualstrafrechts 2016 verfolgt.

Ein Menschenrecht auf Wohnen und Inklusion

Die Situation wohnungs- und obdachloser Menschen hat sich in Berlin in den letzten Jahren zugespitzt; das relativ kleine Segment bezahlbarer Wohnungen reicht nicht annähernd für den Bedarf aus, ein Bedarf, der jetzt durch die Notwendigkeit, auch für die Geflüchteten menschenwürdige Unterkünfte bereit zu stellen, noch einmal gewachsen ist. Die **Situation wohnungs- und obdachloser Frauen** unterscheidet sich dabei sehr von der der Männer in der gleichen Situation. Obdachlose Frauen sind - anders als Männer - in der Öffentlichkeit quasi unsichtbar. Fast alle haben Gewalt-Erfahrungen und wollen daher nicht in gemischt-geschlechtliche Einrichtungen. Sie versuchen sehr lange ihre Situation zu verbergen, nehmen trotz der Bündelung gravierender Probleme erst sehr spät Hilfe an, sind immer in Gefahr, sich für einen Schlafplatz prostituieren zu müssen. Umso wichtiger ist einerseits die konkrete Hilfestellung, andererseits aber die Entwicklung und Koordinierung eines **geschlechtersensiblen Hilfskonzepts**, das nicht nur auf Unterkunft, sondern auf ein umfassendes, die Betroffenen einbeziehendes Hilfsangebot zur gesellschaftlichen Integration zielt. Frauenobdachlosigkeit ist eine sehr vielschichtige Problematik, die (noch) nicht mit einer effektiven Bündelung und Koordinierung in den Verwaltungs- und Hilfsstrukturen beantwortet wird.

Da der Versuch, die gesamte Problematik anzugehen, die Möglichkeiten der Überparteilichen Fraueninitiative überschreitet, haben wir Ende 2010 begonnen, einen Teilbereich, den der niedrigschwelligen Notübernachtung, bei dem Nachfrage und Platzzahl in einem besonders krassen Missverhältnis stehen, gemeinsam mit den dort arbeitenden Fachfrauen aufzugreifen. Bei den Betroffenen, die in der Notunterkunft nachfragen, haben wir es mit Frauen in einer extrem prekären Situation zu tun, sozusagen mit den Ärmsten der Armen, die in keiner Hilfsstruktur sind.

Wir begannen mit einer umfassenden, detaillierten Information (erarbeitet von den Fachfrauen) über die aktuelle Situation wohnungs- und obdachloser Frauen und luden dann zu einem **Interfraktionellen Gespräch im Januar 2012** ein, eine Einladung, die alle Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus positiv beantworteten. Im September 2012 haben die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Integration, berufliche Bildung und Frauen sich fraktionsübergreifend für die Weiterführung der niedrigschwelligen, frauenspezifischen Hilfsangebote der Wohnungslosenhilfe ausgesprochen; ein Schritt weiter auf dem Weg zu einer Geschlechter-sensiblen Hilfe für obdachlose Frauen.

Im November 2013 gründeten wir mit Fachfrauen aus den Bereichen Wohnungslosenhilfe, Gesundheit, Justiz (Soziale Dienste), aus Einrichtungen der Beratung- und Unterstützung für von Gewalt und sozialer Not bedrohte Frauen und aus Kriseneinrichtungen für Wohnungs- und Obdachlose einen **Beirat**. Der Beirat half bei der Vorbereitung einer großen Fachveranstaltung im Jahr 2015. Als „Vorlauf“ zu dieser Veranstaltung gab es im **Juni 2014 ein Fachgespräch zur Wohnungslosigkeit/Obdachlosigkeit** mit Teilnehmenden aus Fraktionen des AGH, aus der Verwaltung und aus den für das Thema relevanten Trägern und Einrichtungen. Wichtigstes (und nicht überraschendes) Ergebnis war, dass es dringend einer besseren Zusammenarbeit aller Behörden, Institutionen und Ebenen bedarf. Die anwesenden MdA versprachen Unterstützung des geplanten Fachtages. Dieser **Fachtag „Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit von Frauen in Berlin“** fand Anfang Juni 2015 im AGH mit über 100 Teilnehmenden aus den Bereichen Wohnungslosenhilfe, Sozialpsychiatrie/ Gesundheit, Verwaltung, Politik und Presse statt. Bei dem abschließenden politischen

Symposium, an dem Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen teilnahmen, wurde übereinstimmend die immense Bedeutung des Themas und die Notwendigkeit wachsenden Problembewusstseins angesichts der Wohnungsnotlage in Berlin betont. Der Überparteilichen Fraueninitiative wurde Dank für ihr unermüdliches zivil-gesellschaftliches Engagement ausgesprochen, da ohne ihren Einsatz das Problem der Wohnungslosigkeit von Frauen nicht in der Form auf die politische Agenda der Berliner Landespolitik gesetzt worden wäre. Die vielen Impulse des Fachtages sind in einer trägerübergreifenden Arbeit des Beirates in einer Dokumentation zusammengefasst, die auf unserer Website (Stichwort „Wohnungslose und Obdachlose Frauen in Berlin“) als pdf-Datei zu finden ist.

Das **Thema ist dann auch in den Medien angekommen**; so gab es beispielsweise im Dezember 2015 in den „Zeitpunkten“/RBB eine Sendung über Wohnungslosigkeit von Frauen, Interview-Partnerinnen waren u.a. Britta Köppen, Elke Ihrlich (SKF und Beiratsmitglied), Carola v. Braun. Im März 2016 lud die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales zu einer Diskussion über die **Fortschreibung der Leitlinien Wohnungslosenhilfe/-politik** ein. Jedoch: Alle bisherigen Entwürfe enthalten zu wenig geschlechterdifferenzierende Hilfsansätze. In die aktuellen Koalitionsvereinbarungen von Rot-Rot-Grün wurde das Problem Wohnungs- und Obdachloser Frauen aufgenommen. Der Beirat erarbeitet zu diesem Punkt Stellungnahmen und Vorschläge. Es werden auch weiterhin sehr viel zivilgesellschaftliches Engagement, ein langer Atem und umfangreiche gendersensible Hilfen gebraucht, um angemessenes Wohnen und Inklusion (nicht nur) für Wohnungs- und Obdachlose Frauen zu erreichen. Wir bleiben am Ball!

3. Gegen Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Gewalt

Notwendiger Rahmen für die Weiterentwicklung von Geschlechtergerechtigkeit und Integration ist eine Gesellschaft, in der es mindestens offizieller Konsens ist, sich gegen nationalistische, rassistische und sexistische Verlautbarungen und Taten zu wenden und Gewalt in jeder Form zu bekämpfen. In zahlreichen Stellungnahmen, Aktionen und Veranstaltungen hat die Überparteiliche Fraueninitiative sich hier eingesetzt. Beispiele sind:

- Der **Frauenpolitische Runde Tisch** zum Thema Nationalismus-Sexismus-Rassismus;
- eine öffentliche Veranstaltung mit anschließender Presseerklärung am 9. November 1992;
- Aufruf der "**Initiative für ein Europa ohne Rassismus**" 2005, bei dem die Überparteiliche zu den Erst-Unterzeichnerinnen gehörte;
- Veranstaltung 2005: **Frieden braucht Frauen** - zur Arbeit des Frauensicherheitsrates.
- Gedenken 2003 zum 60. Jahrestag des mutigen Widerstands der Frauen in der Rosenstraße und **offener Brief an die Frauen der Rosenstraße**.

Die Überparteiliche Fraueninitiative ist seitdem Mitglied im Initiativkreis, der die jährlichen Gedenkfeiern an die Rosenstraßen-Aktion plant. Die Gedenkveranstaltung 2017 findet am 27. Februar statt. Neben den direkten thematischen Veranstaltungen gehört natürlich das Aufspüren nationalistischer, rassistischer und sexistischer Einstellungen, Äußerungen, Entwicklungen sozusagen zum "Alltagsgeschäft" frauenpolitischen Engagements. Vieles, was wir für überwunden gehalten haben, ist durch das Aufkommen offen geäußelter rechtspopulistischer Positionen wieder in Frage gestellt.

4. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

Um das Verfassungsgebot der Gleichberechtigung von Frauen und Männern rechtlich, verfahrensmäßig und gesellschaftlich wirksam umzusetzen, muss es entsprechende Strukturen geben und Akteurinnen und Akteure sowie politische Parteien, die sich dafür einsetzen; nicht zuletzt wird zivilgesellschaftliche Beharrlichkeit und Frustrationstoleranz gebraucht. Mit **Gender Mainstreaming** (die Etablierung eines deutschen Fachbegriffs gelang bisher nicht) ist Ende der 90er Jahre ein Konzept der offiziellen Gleichstellungspolitik der EU verabschiedet worden. Sie ist sozusagen als Revolution von oben angelegt (Top-down-Strategie) und soll bei jeglichem Verwaltungshandeln die Situation von Männern und Frauen im Blick haben. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bezeichnet Gender Mainstreaming als Strategie, die insbesondere die Optimierung des Verwaltungshandelns im Hinblick auf die systematische Beachtung der Lebenswirklichkeiten von Männern und von Frauen bei der Planung, Durchführung und Bewertung des eigenen Handelns bezeichnet. Mit dem Prozess des **Gender Budgeting** soll eine Geschlechter differenzierte Planung und Folgenabschätzung der öffentlichen Haushalte und damit letztendlich eine geschlechtergerechte Verteilung der öffentlichen Mittel erreicht werden.

Gender Mainstreaming und Gender Budgeting waren und sind trotz politischer Verankerung in der öffentlichen Verwaltung keine Selbstläufer. Sie sind es vor allem in den Bereichen nicht, wo sie ein massives Aufholen in der Ressourcenausstattung für Frauen bedeuten würden. So richteten und richten sich zahlreiche Aktivitäten der Überparteilichen Fraueninitiative auf die Forderung nach weiterer Umsetzung dieser beiden Strategien. Um nur einige zu nennen:

- 2001/2002 Forderung nach Einrichtung einer Gender Mainstreaming-Geschäftsstelle an einflussreicher Stelle beim Berliner Senatsfrauenressort. Ergebnis dieser Forderung war, dass der damalige Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf, die Überparteiliche Fraueninitiative gemeinsam mit anderen Frauenprojekten in die Arbeit der Landeskommision Gender Mainstreaming einband.
- Seit 2003 führen wir in größeren Abständen eine Befragung von Senatorinnen und Senatoren der Berliner Regierung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in der öffentlichen Veranstaltungsreihe „Senatorinnen/Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin“ durch.
- Zur geschlechtergerechten Gestaltung des Berliner Haushalts formierte sich 2005 eine Arbeitsgruppe Gender Budget bestehend aus: Überparteilicher Fraueninitiative Berlin Stadt der Frauen e.V., Berliner Frauenbund 1945 e.V., Initiative für einen geschlechter gerechten Haushalt in Berlin, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin (ASF). Diese AG Gender Budget war einige Jahre sehr aktiv und es ist sicher auch der geballten Frauenpower zu danken, dass das Land Berlin in Deutschland und Europa Spitze in der Umsetzung des Gender Budgeting ist.
- Die Überparteiliche Fraueninitiative arbeitet im Frauenpolitischen Beirat des Berliner Senatsfrauenressorts mit.

Ein Beispiel des Engagements für Geschlechtergerechtigkeit unterstützende Strukturen über den nationalen Rahmen hinaus ist der **Barroso-Protest-Brief“** 2005. Er ging an den EU-Präsidenten Barroso, an den deutschen EU-Kommissar Verheugen, an deutsche Abgeordnete aller Parteien der EU-Ausschüsse FEMM (Ausschuss für Frauenrechte und Chancengleichheit) und LIBRE (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres). Der Protestbrief wandte sich gegen die Zusammenlegung des Programms zur Bekämpfung der

Gewalt gegen Frauen und Kinder mit dem Anti-Drogenprogramm. Damit wäre auch verbunden gewesen, dass das Anti-Gewalt-Programm nicht mehr in der Verantwortung der FEMM gelegen hätte.

Nun hätte man vermuten können, dass nach dem hoffnungsvollen Start Gender Mainstreaming und Gender Budgeting – die ja beide Geschlechtergerechtigkeit und nicht Bevorzugung des weiblichen Geschlechts zum Ziel haben - sich mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung fortentwickeln würden. Stattdessen formiert sich - nicht erst in jüngster Zeit - Widerstand. **Gender Mainstreaming, Gender Budgeting und Genderstudies werden oft als Genderismus“ oder „Genderideologie“ verunglimpft**, als ein „Container Begriff“ wie Claudia Janssen auf dem Neujahrsempfang 2015 sagte, „für alles, was mit Geschlechterpolitik, Gleichstellung von Frauen, Feminismus, Homo-sexualität etc. zu tun hat“. Und sie führt aus: „Die Allianz derer, die „Gender“ ablehnen oder lächerlich machen, ist breit gefächert. Sie reicht von Kommentaren in den Feuilletons konservativer Tageszeitungen über evangelikale und rechtspopulistische Medien bis zu den Programmen rechter Parteien“.

5. Gendergerechte Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Strukturelle Benachteiligung von Jungen in Kita und Schule?

Schon in den 90er Jahren war bemängelt worden, dass die **Interessen von Jungen** in einem weiblich dominierten Kindertagesstätten- und Schulsystem nicht berücksichtigt werden. Was zunächst in Fachkreisen in erster Linie als Problem der **Geschlechtsrollenidentität** diskutiert worden war, geriet 2000 nach dem „PISA-Schock“ als genereller Vorwurf der institutionellen und strukturellen Benachteiligung von Jungen im vorschulischen und schulischen Bereich. In den darauffolgenden Jahren wurde in zahlreichen Debattenbeiträgen in den Medien der Tenor bekräftigt, dass genügend Gender Mainstreaming zugunsten von Mädchen und Frauen stattgefunden hätte und nunmehr die Förderung von Jungen und Männern Vorrang haben müsse. Die damalige Bundesministerin Kristina Schröder nahm im Haushaltsansatz für 2011 Umstrukturierungen im gleichstellungspolitischen Haushalt des BMFSFJ zugunsten der **Förderung von Jungen und Männern** und zulasten der Förderung von Mädchen und Frauen vor. Zu der Zeit gab es schon längst Studien, die die Bildungserfolge von Jungen und Mädchen differenziert darstellten und begründeten und nach denen sich der Vorwurf institutioneller und struktureller Benachteiligung von Jungen nicht aufrechterhalten ließ, vor allem nicht eine weiblichen Dominanz im Schulsystem als mögliche Ursache.

Wir haben in aller Kürze Daten, Fakten, Studienergebnisse zusammengestellt und sandten im Februar 2011 den offenen Brief **„Bildungsverlierer auf dem Weg zum Chefsessel?“** an Ministerien sowie an Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Deutschen Bundestages (auf der Website unter Stichwort „Bildung“).

Genderstudies

Die öffentliche Diskussion um die Jungen als mögliche Bildungsverlierer hat deutlich gemacht, dass geschlechtergerechte Politik nur gelingen kann, wenn alle relevanten Daten, Fakten, Zusammenhänge berücksichtigt und kommuniziert werden. Geschlechtergerechte Politik braucht eine geschlechtersensible Wissenschaft, um diese Daten und Zusammenhänge zu erfassen. Um hier ein Zeichen zu setzen luden die Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen der Berliner Hochschulen und die Überparteiliche Fraueninitiative im **Mai 2016 zu einer Dialogveranstaltung „Geschlechterforschung**

trifft Politik – Politik trifft Geschlechterforschung“ ein (dokumentiert unter Stichwort „Genderforschung“). Wir schätzen die Veranstaltung – die auch ausführlich im Tagesspiegel dargestellt wurde -als großen Erfolg und als Auftakt der weiteren engeren Zusammenarbeit zwischen Politik und Genderforschung ein. Wir haben daher das **Positionspapier zur Genderforschung der AG der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen**, in dem gefordert wird, die Gender Studies Berlin als neues interdisziplinäres Fach zu erhalten und auszubauen, im August 2016 an die Fraktionen und Parteien gesandt. Die Resonanz war erfreulich; mehrere Parteien haben z.T. umfangreiche Antworten gesandt. Das Anliegen der AG ist in die Koalitionsvereinbarung 2016 aufgenommen worden.

Der Deutsche Qualifikationsrahmen, ein Weg, um Leistungen und Kompetenzen von Frauen fair und gerecht anzuerkennen?

Im Rahmen unseres Lernhausprojekts haben wir uns bereits 2005 mit den Entwürfen des dann 2008 verabschiedeten Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) auseinandergesetzt. Der EQR ist als Referenzrahmen zu verstehen, dem sich die nationalen Qualifikationsrahmen zuordnen sollen. So gibt es seit 2006 den Beschluss zur Erarbeitung eines Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR), dessen Fortschritte sich unter dem DQR Portal <http://www.dqr.de/> verfolgen lassen. Das „Revolutionäre“ an den Qualifikationsrahmen besteht vor allem darin, dass künftig die Lernergebnisse unabhängig vom Lernort für die Bewertung der Qualifikationen als Orientierung gelten und dass bei den Lernergebnissen nicht nur die Fachkompetenz, sondern auch die Personale Kompetenz berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass auch außerhalb formaler, gesetzlich geregelter Ausbildungsgänge non formal und informell erworbene Kompetenzen anerkannt werden können. Und das wiederum ist eine enorme Chance nicht nur aber vor allem für Frauen, die oft unterbrochene Erwerbsbiografien haben. **Es bedarf aber des politischen Willens, den DQR insgesamt und die Anerkennungsverfahren so zu gestalten, dass die darin liegenden Chancen auch umgesetzt werden können.** Das ist in einem Land, in dem traditionsgemäß so viel Wert auf formale Bescheinigungen gelegt wird, schwer zu erreichen. Und hilfreich ist es auch nicht, dass der ganze Diskussionsprozess über die Entwicklung des DQR weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit geschieht, obwohl z.B. seit 2014 Auszubildende auf ihrem Abschlusszeugnis einen Vermerk finden, zu welcher Niveaustufe des DQR ihre Ausbildung zuzuordnen ist. Hier ist noch viel zivilgesellschaftliche Power gefragt. Wir haben ein **Positionspapier zum DQR** erarbeitet, dessen jeweils aktualisierte Fassung (die letzte vom Februar 2016) wir unermüdlich in den „politischen Raum“ senden; das Papier mit dem Titel „Der Deutsche Qualifikationsrahmen - ein Weg, um Leistungen und Kompetenzen von Frauen fair und gerecht anzuerkennen?“ ist auf der Website unter „Bildung“ zu finden.

Frauen - Wissenschaft - Karriere

Der Weg der Frauen zunächst in den und dann im Wissenschaftsbetrieb gestaltete sich mühselig. Die Festveranstaltung **„100 Jahre Studium der Frauen in Preußen“**, zu deren Unterstützerinnen die Überparteiliche Fraueninitiative gehörte, rief 2008 in Erinnerung, wie lange es brauchte, bis Frauen überhaupt zum Studium zugelassen waren. Sehr viel länger scheint es zu dauern, bis die Frauen auch einen angemessenen Anteil der Professuren haben, die z. Zt. immer noch zu rund 80% von Männern besetzt sind. Der Anteil der Frauen wächst, aber außerordentlich langsam (einige Berechnungen sagen im Schnitt 0,76% pro Jahr). Wir führten - nicht zuletzt anlässlich der kurz vor dem Abschluss stehenden Berliner Hochschulverträge - im Mai 2009 die Tagung **„Frauen - Wissenschaft - Karriere?“** durch. Themen der Veranstaltung waren: Zugang von Frauen zu Hochschulen, Chancengleichheit und Förderung von Frauen an

der Hochschule und in der Forschung, Frauen- und Geschlechterforschung und die Implementierung der Ergebnisse, das Innovationspotential der Gender Studies für die Wissenschaft.

Im ersten Veranstaltungsteil gab es eine Podiumsdiskussion mit Senator Prof. Dr. Jürgen Zöllner. Im zweiten Teil wurden in einer Diskussionsrunde der Frauen- und Wissenschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen des Abgeordnetenhauses u. a. Vorschläge auf ihre machbare politische Umsetzbarkeit hin untersucht. Von dem höchst spannenden inhaltlichen Ablauf abgesehen war das Besondere dieser Tagung, dass es der Überparteilichen in einer intensiven Vorbereitungsphase gelungen war, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an den Berliner Hochschulen afg, die Landeskonzferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen LaKoF und die Landesvertretung Akademischer Mittelbau Berlin LAMB als Kooperationspartnerinnen an Bord zu holen. Bei der Tagung wurden viele Probleme besprochen, über ein Thema gab es nichts zu klagen: Zahl und Hochschulzugang der weiblichen Studierenden. Förderbedarf gibt es hier allerdings nach wie vor in der Motivierung von jungen Frauen für ein Studium der „MINT“-Fächer.

6. Zukunft der Arbeit, Einkommen, Sozialversicherung und Gender

Nach mehreren einzelnen Veranstaltungen in den 90er Jahren rückte dieser Themenkreis nach der Veröffentlichung des „Hartz-Papiers: „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ in den Vordergrund der Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative. Zwei Aktiventreffen im Herbst 2002 befassten sich mit dem „Hartz-Papier“ und analysierten insbesondere, dass die gleichstellungspolitische Relevanz enttäuschend sei. Ein Forderungskatalog wurde erarbeitet. Die folgenden Veranstaltungen im Jahr 2003 **„Was bringt Hartz für Frauen?“** (aus dieser Veranstaltung heraus wurde ein Offener Brief an die Mitglieder des Bundestages verabschiedet) und **„Wer nichts hat, d e r wird nichts gegeben“** fand in Kooperation mit anderen Frauenorganisationen statt. Aus der Kooperation mit dem Berliner Frauenbund und weiteren Kooperationspartnerinnen entwickelte sich die AG Hartz die unter diesem Namen bis 2006 weitere Veranstaltungen durchführte. Hervorzuheben ist insbesondere die Tagung **„Deutsche Politik und ihre Auswirkungen auf Lebensentwürfe von Frauen im europäischen Vergleich“** vom Herbst 2004, die 2005 in einer Broschüre dokumentiert wurde.

Ab 2006 erweiterte die AG Hartz ihr thematisches Spektrum und nennt sich seitdem **„Arbeitsgemeinschaft Frauen-Arbeit-Politik (AG FAP) - ein überparteiliches Bündnis frauenpolitischer Verbände, Organisationen, Initiativen und Personen in Berlin“**. Zu den neueren Aktivitäten der AG FAP gehörten u. a. 2010 der offene Brief zum **Reformbedarf bei den Bedarfsgemeinschaften nach SGB II** an Mitglieder der hier relevanten Ausschüsse im Bundestag und im Berliner Abgeordnetenhaus und 2011 die Tagung zur Reform der Bedarfsgemeinschaft. Im Mai 2013 wurde ein in der AG erarbeitetes Positionspapier zum Thema **Altersarmut** insbesondere an Regierungsmitglieder auf Landes- und Bundesebene und an Abgeordnete der für das Thema relevanten Ausschüsse geschickt (auf der Website unter Stichwort „Altersarmut“). Im November 2013 wurde das Papier erneut versandt: An Mitglieder von Arbeitsgruppen der damals laufenden Koalitions-Verhandlungen und an die Parteivorsitzenden.

Der Dienstleistungssektor war Gegenstand der Tagung **„Frauen - Dienstmädchen der Nation?!? Die Zukunft des sozialen Dienstleistungssektors - ein europäischer Vergleich“**, die die Überparteiliche 2007 durchführte. Die Ergebnisse wurden auf der Webseite veröffentlicht (unter Veröffentlichungen/Dokumentationen).

Die Zukunft der Arbeitssituation von Frauen war auch ein Schwerpunkt auf einer weiteren Tagung 2007: **„Demographischer Wandel und Gender - ein blinder Fleck?“** (Ergebnisse der Tagung: Website unter Veröffentlichungen/Dokumentationen).

Das Thema „Demographischer Wandel und Gender - ein blinder Fleck?“ wurde im März 2012 im Rahmen eines **Fachgesprächs** mit den Frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Abgeordnetenhaus, Vertreterinnen und Vertretern der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Arbeit, Integration und Frauen sowie Gesundheit und Soziales und mit Gesprächspartnerinnen aus dem Forschungs- und Beratungsbereich erneut aufgegriffen. In vielen dieser Veranstaltungen wurden auch Visionen möglicher anderer gesellschaftlicher Modelle einer gerechteren - vor allem gendergerechten - Verteilung der Ressourcen angesprochen. Beispiel der Auseinandersetzung mit einem anderen Modell der Grundsicherung war 2007 die Veranstaltung Überparteilicher Runder Tisch der Frauen zum Thema: **„Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) - Traum oder Albtraum für Frauen?“**.

Grundsätzliche Fragen nach der sozialen, ökologischen und ökonomischen Kosten-Nutzen-Relation bestehender gesamtgesellschaftlicher Arbeitsteilung und wünschenswerten neuen Modellen waren Ende November 2012 Thema des **Kongresses „Was ist Leistung?“** im Berliner Abgeordnetenhaus. Zentrale Fragen des Kongresses: Wie definieren wir „Arbeit“ und „Leistung“ und in welchem Maße tragen Männer und Frauen unterschiedlich zum „gesamtgesellschaftlichen Wohl“ bei? Was ist die soziale, ökonomische und ökologische Kosten-Nutzen-Relation der heutigen gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung? Im Rahmen des Kongresses wurde die **Ausstellung „20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin“** als Beispiel ehrenamtlichen Engagements eröffnet; die Ausstellung wanderte anschließend durch mehrere Bezirke und Institutionen.

Am 21./22. November 2015 fand der **Kongress „Was ist Leistung? Teil II“** im Berliner AGH statt. Thema war die „Sorgearbeit“, zentrale Fragen des Kongresses: Welchen Preis zahlen wir alle, wenn ein so eminent wichtiger Bereich menschlichen Lebens wie die notwendige Sorge- für-einander, die „Sorgearbeit“, weder in Wirtschaftstheorien noch in den Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens hinreichend berücksichtigt ist? Wie müsste Sorgearbeit abgesichert werden? Wie lässt sich eine geschlechter- und familiengerechte Gesellschaft gestalten; wie lässt sich einer Armutsentwicklung entgegensteuern, die vor allem allein Erziehende, Familien mit Kindern und Frauen im Rentenalter betrifft? Die Dokumentationen beider Kongresse sind auf unserer Internetseite unter Veröffentlichungen/ Dokumentationen zu finden. Überlegungen beim Abschluss des Kongresses im November 2015, einen III. Teil mit dem Schwerpunkt „Migrantinnen“ vorzubereiten, wurde von den Teilnehmenden begrüßt.

7. Religion - Politik - Gender, interreligiöser und interkultureller Dialog

Der gemeinsam erarbeitete und auch in heißesten Wahlkampfzeiten praktizierte respektvolle, wertschätzende Umgang zwischen den Mitgliedern der Überparteilichen Fraueninitiative prädestinierte sie in besonderer Weise für den interreligiösen und interkulturellen Dialog. Im Zentrum dieser Arbeit standen zwei große Projekte: **„Sarah-Hagar - Religion, Politik, Gender“** und **„Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen“**. Für das **Projekt Sarah-Hagar** wurde die Überparteilichen Fraueninitiative 2005 vom **Bündnis für Demokratie und Toleranz mit einem Preis ausgezeichnet**.

Im **Lernhaus-Projekt (2005- 2008)** war die Überparteiliche Fraueninitiative in einer Doppelrolle: Einerseits Trägerin des **Berliner Lernhauses**, andererseits gemeinsam mit der Katholischen Fachhochschule (jetzt: Katholische Hochschule) Nordrhein-Westfalen verantwortlich für das Gesamtprojekt, das noch zwei weitere Lernhäuser in Köln und Frankfurt a. M. umfasste. Angeboten wurde eine **Qualifizierung zur Förderung interreligiöser und interkultureller Kompetenz**, in deren Umsetzungskonzept Grundideen und Methoden aus den Konsultationspapieren und Konzepten zu Schlüsselkompetenzen und Europäischem Qualifikationsrahmen und aus dem Verfahren „Nachweise international“ einfließen. Die zweijährige Qualifikation schloss 2008 mit einem Zertifikat ab, das die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Frau Dr. Heidi Knake-Werner, DIE LINKE, an die Teilnehmerinnen übergab. In der Einladung zu dieser Abschlussfeier wies Carola v. Braun daraufhin, dass „in einer durch Einwanderung und Globalisierung geprägten Gesellschaft interkulturelle Kompetenz zu einer wichtigen privaten wie gesellschaftlichen Schlüsselkompetenz geworden ist“. - Das Projekt war sehr erfolgreich, die Lernhausidee lebt weiter und hat Folgeprojekte gefunden.

Aber: Das Lernhausprojekt zeigte auch die Grenzen des Leistbaren für die Überparteiliche, einen kleinen, freien Träger ohne nennenswerte materielle Ressourcen, auf. Und bei allem Erfolg: Es gelang leider nicht, einen Träger für ein weiteres Berliner Lernhaus zu finden. (Informationen über das Sarah-Hagar-Projekt und der Abschlussbericht des Lernhaus-Projekts sind auf der Website unter „Abgeschlossene Projekte“ zu finden).

In dem Vortrag zum Neujahrsempfang 2015 wurde noch einmal deutlich, wie wichtig Interkulturelle Kompetenz und Kompetenz in religiösen Fragen sind. Claudia Janssen führte aus: „Rechtspopulismus ist ein europaweites Phänomen, das von einem wachsenden Wunsch nach Gewissheiten getragen ist, nach Sicherheit und greifbaren Identitäten. Begleitet wird er oft von einer Rückbesinnung auf religiöse Werte oder zumindest auf die, die dafür gehalten werden. Insbesondere der Kampf gegen den „Genderismus“ ist im Kern ein Rundumschlag gegen eine moderne pluralistische Gesellschaft, der „die“ christliche Familie gegenübergestellt wird, die es so auch nicht gibt, nie gegeben hat. Lebensformen in der Bibel und der Geschichte der Kirche waren immer vielfältig“.

8. Frauen und Gesundheit

Die Notwendigkeit einer verbesserten Prävention war 2003 Anlass für die Veranstaltung **„Brustkrebs und Public Health: Brustkrebsaufklärung und Prävention als politische Herausforderungen“**. U. a. wurden verschiedene Initiativen wie der Nationale Aktionsplan Prävention des Bundesgesundheitsministeriums vorgestellt. Im Anschluss an die Diskussion mit der zuständigen Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner und den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen schlug die Überparteiliche Fraueninitiative Schwerpunkte für ein Geschlechtersensibles Gesundheitsinformationsgesetz vor. Das Thema Gesundheitsförderung und Prävention wurde auch bei dem Aktiventreffen 2008 mit Senatorin Katrin Lompscher aufgegriffen. Ein besonderer Schwerpunkt war hierbei die Einbeziehung von Migrantinnen in Gesundheitsförderung und Prävention.

9. Frauen im Strafvollzug

„Hilfe statt Strafe“ war das Thema der Podiumsdiskussion über Frauen im Strafvollzug, die die Überparteiliche 1993 veranstaltete. Sie schloss mit der Verabschiedung eines Forderungskatalogs an Gesetzgebung und Justizverwaltung. In der Reihe „Senatorinnen/Senatoren nachgefragt“ war das Thema „Frauen im Strafvollzug“ Schwerpunkt des Treffens 2008 mit der Justizsenatorin Gisela von der Aue. Es wurde auf eine Reihe von Verbesserungen, vor allem im Bereich des **Nachholens schulischer Bildung** und der Qualifizierung der Gefangenen allgemein hingewiesen. Aber auch für die Förderung der Kreativität (als Beispiel ein Theaterprojekt im Frauenvollzug) wird einiges getan. Besonders interessant waren die Informationen zu einem koordinierten **Übergangsmanagement**, das die Schritte in das Leben nach dem Strafvollzug begleiten und die Rückfallgefahr mindern soll; hier sind Verbesserungen zu verzeichnen.

Berlin hat - anders als einige andere Bundesländer - eine **eigene Justizvollzugsanstalt für Frauen**, dennoch steht der Frauenstrafvollzug generell eher am Rande der Betrachtung innerhalb des gesamten Justizwesens, da nur rund 5% der Gefangenen Frauen sind. Die Forderung nach einer Geschlechter gerechten Ausgestaltung des Vollzugs bleibt aufrechterhalten. Für die Frauen sind - um nur eines zu nennen - andere therapeutische Angebote nötig, die den traumatischen Erfahrungen vieler weiblicher Gefangener mit Abhängigkeit und Gewalt Rechnung tragen.

10. In der Ferne einen neuen Blick auf das Nahe gewinnen: Chinareise einer zivilgesellschaftlichen Berliner Frauen-Delegation:

Auf Einladung der Überparteilichen Fraueninitiative und in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Berlin führen 20 politisch engagierte Frauen 2007 nach China. Unterstützt wurde die Vorbereitung durch das Senatskanzlei-Referat Ostasien/Städtepartnerschaften mit Peking und Tokio und die Deutsch-Chinesische Gesellschaft für bilateralen Wirtschafts- und Kulturaustausch e.V.. Ziel war es, Kenntnisse über die **frauen-, gender- und familienpolitische Situation in China** zu vertiefen. Dank der Unterstützung im Vorfeld gab es intensive fachliche Kontakte zu Vertreterinnen und Vertretern aus Parteiorganisationen, Gewerkschaft und Frauenorganisationen. Aus Ergebnissen, Einschätzungen und diskutierten Vorschlägen stimmten die Teilnehmerinnen einen Bericht ab, den sie dem Regierenden Bürgermeister und einigen Fachverwaltungen zur Verfügung stellten.

11. Fazit und Perspektiven

Ein großer Dank und ein kleines Fazit

Wir finden: Für einen relativ kleinen, rein ehrenamtlich arbeitenden Verein ist das eine recht ansehnliche Arbeitsbilanz. Noch dazu, wenn man bedenkt, dass die materiellen Ressourcen hauptsächlich aus den Mitgliedsbeiträgen bestehen, deren größter Teil wiederum in die Gestaltung des traditionellen Neujahrsempfangs fließt. Für Projekte und Großveranstaltungen müssen jeweils Mittel eingeworben werden.

Die Arbeitsbilanz wäre ohne die tatkräftige und vielfältige Unterstützung, die wir über die Jahre erfahren haben, nicht möglich gewesen. Zu danken ist den vielen aktiven, politisch engagierten Frauen aus dem Parlament, den politischen Parteien, aus Projekten und Organisationen aus vielen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die unsere Arbeit begleiteten. Zu danken ist den Kooperationspartnerinnen zahl-

reicher gemeinsamer Veranstaltungen, allen voran anderen Frauenorganisationen und Frauennetzwerken. Zu danken ist den Institutionen, Organisationen und Senatsverwaltungen sowie Ministerien, die uns Mittel für unsere großen Veranstaltungen und Projekte bewilligten. Zu danken ist vor allem auch dem jeweiligen Parlamentspräsidium des Berliner Abgeordnetenhauses, das uns für viele Veranstaltungen die Nutzung von Räumen im Abgeordnetenhaus ermöglichte.

Dass wir so viel Unterstützung erfuhren und so viele Türen für uns offenstanden, hängt mit der Wertschätzung unseres Konzepts und der Art, wie wir es umsetzen, zusammen. In Zeiten, in denen ein Großteil der politischen Alltagsarbeit im Hervorheben der Differenzen, in der Abgrenzung von und nicht in der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften liegt, bleibt die Sehnsucht nach konstruktiveren Formen des politischen Engagements lebendig.

Die Überparteiliche Fraueninitiative hat sich nie vor deutlichen Worten gescheut, aber ihre Veranstaltungen sind keine Kampfarenen, sondern (Zeit-)Räume des gemeinsamen, respektvollen Ringens um Erkenntnisse und Lösungen. Dafür ist die Überparteiliche einstmals gegründet worden, und dieser Gründungsidee fühlen wir uns nach wie vor verpflichtet. Mit diesem Vorgehen haben wir längst nicht alles erreicht, was wir für Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit erreichen wollten, aber doch in vielen Bereichen Anstöße gegeben und gemeinsam mit Anderen Verbesserungen auf den Weg gebracht oder Verschlechterungen verhindert.

Wie geht es weiter?

Von den Themen mit grundlegender politischer und struktureller Bedeutung, mit denen sich die Überparteiliche Fraueninitiative seit ihrer Gründung auseinandergesetzt hat, ist keines abgeschlossen. Der Kampf für Frauen- und Menschenrechte und gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus hat eher an Dringlichkeit gewonnen, im eigenen Land, und vor allem auch, wenn unser politisches Engagement nach wie vor internationale Zusammenhänge berücksichtigt.

Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sind nicht nur keine Selbstläufer, sondern müssen eingefordert werden und geraten zunehmend unter Kritik. Nicht zuletzt dafür bleiben einflussreiche Frauenprojekte und eine fördernde Fraueninfrastruktur ebenso unersetzbar wie die Genderforschung, die wesentliche Grundlagen und Daten für die Genderperspektive liefert. Ein gelingender interreligiöser und interkultureller Dialog wird an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen. Die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit, um menschenwürdige Entlohnung und Grundsicherung, um die Systeme der sozialen Sicherung insgesamt werden an Schärfe zunehmen. Berlin hat nach wie vor den höchsten Anteil der Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger. Es gibt Armut, Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit und es ist in Berlin äußerst schwer geworden, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Zugespitzt wird die Situation durch den Bedarf der vielen Geflüchteten, die bei uns Schutz, Sicherheit und Hilfe suchen.

Beim Diskurs über eine effektive Unterstützung und Integration insbesondere der geflüchteten Frauen und Mädchen, die zu uns kommen, werden wir vielfach an unsere genderpolitische Arbeit, unsere Erfahrungen im interkulturellen und interreligiösen Dialog und an unser nun schon jahrelanges Engagement für obdachlose- und wohnungslose Frauen anknüpfen können. Die Nachfolge-Veranstaltung der Kongresse „Was ist Leistung?“ wird sich Ende 2017 mit der Situation von Migrantinnen am Arbeitsmarkt beschäftigen. Das Engagement für Wohnungs- und Obdachlosen Frauen – es sind zunehmend geflüchtete Frauen in den

Wohnungslosen-Einrichtungen – hat weiterhin einen hohen Stellenwert in unserer Arbeit.

Es geht aber nicht nur um „materielle“ Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit. In der Fragebogenaktion zur Ausstellung „Berlin Stadt der Frauen“ ist noch einmal deutlich geworden, welch' hohen Rang das „Sichtbarmachen“, d.h. die angemessene Wertschätzung der Leistungen von Frauen in Geschichte und Gegenwart, hat. Die kulturelle Stadtentwicklung mit ihrem Veranstaltungsspektrum bietet dafür besonders gute Möglichkeiten. In den ausgefüllten Fragebögen gibt es eine Reihe von Vorschlägen dazu - beispielsweise, eine **Dauerausstellung zur Geschichte der Frauen in Berlin** einzurichten im Humboldt-Forum - die wir gern unterstützen würden.

Die wichtigen Themen werden uns also nicht ausgehen, und die alten Themen werden weitgehend auch die neuen in den kommenden Jahren unserer Arbeit sein. Die Aufgabe, gesellschaftspolitische Forderungen zu erarbeiten, sie den Repräsentantinnen und Repräsentanten demokratischer Parteien zu stellen, für Wahlen zu motivieren, die Einlösung von Wahlversprechen zu überwachen gehört zu den Grundlagen für eine demokratische Zivilgesellschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger. Und eine wünschenswerte Politik der sozialen Sicherung und der Abwehr der wachsenden Entsolidarisierung und der wachsenden „Gesellschaftsfähigkeit“ rassistischer und nationalistischer Parolen bedarf der tatkräftigen zivilgesellschaftlichen Unterstützung.

Was sich in eigenen und in Kooperationsveranstaltungen bewährt hat, ist die exzellente Aufarbeitung des jeweiligen Themas, seine Einordnung in größere Zusammenhänge, seine praxisorientierte Detailgenauigkeit in Kombination mit der Aufbereitung und Rückkoppelung der Ergebnisse in den Raum politischen Handelns (und das bei guter Kenntnis dieses Raumes).

Es scheint, dass in einer Zeit, in der wir wie nie zuvor unbegrenzten Zugriff auf nebeneinanderstehende Fakten, Theorien, Meinungen haben und mit Informationen und Wissensbrocken gleichsam überflutet werden, etwas besonders kostbar wird: Zeit und Gelegenheit zum übergreifenden, respektvollen, engagierten Diskurs mit dem Ziel, uns gemeinsam inhaltliche Positionen zu erarbeiten, sie einzuordnen und für politisches Handeln aufzubereiten. Diesen Diskurs möchten wir auch in den kommenden Jahren weiterführen.

Wenn Sie sich beteiligen wollen an der Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative, so sind Sie herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen und über alle sachkundige Unterstützung.

Ihre Vorstandsfrauen der Überparteilichen Fraueninitiative